

BR/GT I/46 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 1. Juli 1970
BR/GT I/46/70

Sekretariat

A d d e n d u m

zu der von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegten
Arbeitsunterlage BR/GT I/10/69 vom 12. August 1969
für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Artikel 153 - 217

Vorbemerkung

Mit diesem Addendum wird die auf der 3. Arbeitssitzung vom 24./28. November 1969 nur teilweise erörterte Arbeitsunterlage des Vorsitzenden BR/GT I/10/69 vom 12. August 1969 insoweit ergänzt, als zu den darin enthaltenen Vorschlägen zu den Artikeln 153 bis 173 und 180 einige Bemerkungen und zu den darin zurückgestellten Artikeln 174 bis 179 und 181 bis 217 Vorschläge unterbreitet werden.

Die genannten Artikel tragen die alten Nummern der Vorentwürfe von 1962/65. Soweit in diesen Artikeln auf Artikel des Ersten Vorentwurfs 1970 Bezug genommen ist, ist jedoch die neue Numerierung des Ersten Vorentwurfs 1970 verwendet worden.

ERLÄUTERUNGEN

Vorentwurf von 1962

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" und veröffentlicht im Jahre 1962.

Vorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65-D der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

Erster Vorentwurf 1970

bedeutet: Erster Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren.

+ in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der Text der nebenstehenden linken Spalte unverändert übernommen worden ist.

--- unter dem Text in der Spalte "Vorentwurf von 1962"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden" entfällt.

— unter dem Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text gegenüber dem Vorentwurf von 1962 neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

Bemerkung:

Der Vorsitzende bittet, die Vorschläge zu den Artikeln 153 bis 173 in dem Arbeitsdokument BR/GT I/10/69 unter Berücksichtigung folgender Änderung zu prüfen:

1. Die in diesen Artikeln enthaltenen Bezugnahmen auf andere Artikel sind der neuen Nummerierung des Ersten Vorentwurfs 1970 anzupassen.
2. Artikel 158a sollte auf das Einspruchsverfahren ausgedehnt werden.
3. Artikel 162 sollte gemäß dem Vorschlag der schwedischen Delegation vom 20. November 1969 (BR/GT I/25/69) um einen Absatz 4 erweitert werden, der wie folgt lauten könnte:

(4) Durch die Bestimmung des Absatzes 1 wird das Europäische Patentamt nicht daran gehindert, Dritten gegenüber folgende Angaben zu machen und diese Angaben zu veröffentlichen:

- a) Nummer der europäischen Patentanmeldung;
- b) Tag der Einreichung der europäischen Patentanmeldung;
- c) Name des Anmelders;
- d) Bezeichnung der Erfindung;
- e) die gemäß Artikel 67 benannten Vertragsstaaten;
- f) Symbole der Klassifikation der europäischen Patentanmeldung.⁷

Der Vorsitzende ist der Auffassung, daß die unter Buchstabe e vorgesehenen Angaben nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe b der endgültigen Fassung des PCT für regionale Patentämter zulässig sind. Dagegen ist die in Buchstabe f vorgesehene Angabe in Klammern gesetzt worden, weil sie in Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe b der endgültigen Fassung des PCT nicht enthalten ist.

Die von der schwedischen Delegation im Zusammenhang mit Artikel 162 Absatz 4 vorgeschlagene Ergänzung des Artikels 60 (61) Buchstabe a Erster Vorentwurf dürfte entbehrlich sein, wenn die in Artikel 162 Absatz 4 vorgesehenen Angaben sämtlich im europäischen Patentregister vermerkt werden, wie in der Ausführungsordnung zu Artikel 59 (60) vorgesehen werden sollte.

4. Artikel 164 Absätze 1 und 2 sollte auf das Einspruchsverfahren ausgedehnt werden.
5. Artikel 172 Absatz 2 Satz 2 des Vorentwurfs von 1965 sollte wegen der Einführung des nachträglichen Einspruchsverfahrens in den Ersten Vorentwurf mit der Maßgabe aufgenommen werden, daß die Worte "nach der Beendigung eines Verfahrens" ersetzt werden durch die Worte "während der Einspruchsfrist und gegebenenfalls bis zum Abschluß des Einspruchsverfahrens".
6. Artikel 173: In der Ausführungsordnung sollte sichergestellt werden, daß das Europäische Patentamt eine Einzelvollmacht verlangen kann.

VERLETZUNGSVERFAHREN UND ANDERE ZIVILVERFAHREN

Artikel 174 bis 184

Bemerkung:

Die in dem Arbeitsdokument BR/GT I/10/69 enthaltenen Vorschläge des Vorsitzenden zu diesen Artikeln werden aufrechterhalten.

9
ELFTER TEIL

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

KAPITEL I

ALLGEMEINE ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel 185

Zusammentreten des Verwaltungsrats

Bemerkung:

Die Ausarbeitung dieser Vorschrift fällt in die Zuständigkeit der Arbeitsgruppe II.

Vorentwurf von 1962

(1) Europäische Patentanmeldungen werden erst vom Tag der Eröffnung des Europäischen Patentamts an entgegengenommen. Die Entgegennahme der Patentanmeldungen ist in der Anfangszeit auf bestimmte Gebiete der Technik beschränkt und wird stufenweise auf die übrigen Gebiete der Technik ausgedehnt.

(2) Den Zeitpunkt der Eröffnung des Europäischen Patentamts und die Gebiete der Technik, für die europäische Patentanmeldungen entgegengenommen werden, bestimmt der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts.

(3) Die Gebiete der Technik, für die europäische Patentanmeldungen entgegengenommen werden, werden unter Angabe der Klassen der in Artikel 62 genannten Internationalen Klassifikation festgelegt.

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Europäische Patentanmeldungen können vom Tag der Eröffnung des Europäischen Patentamts an eingereicht werden. Die Behandlung der Patentanmeldungen kann in der Anfangszeit auf bestimmte Gebiete der Technik beschränkt und stufenweise auf die übrigen Gebiete der Technik ausgedehnt werden.

(2) Den Tag der Eröffnung des Europäischen Patentamts und die Gebiete der Technik, auf denen europäische Patentanmeldungen behandelt werden, bestimmt der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts.

(3) - wird in die Ausführungsordnung
übernommen -

(4) Kann eine europäische Patentanmeldung innerhalb von [drei] Monaten nach dem Tag ihrer Einreichung nicht behandelt werden, weil sie ganz oder teilweise ein gemäß Absatz 1 noch nicht zugelassenes Gebiet der Technik betrifft, so teilt das Europäische Patentamt dem Anmelder mit, daß die Anmeldung aus diesem Grunde mit der Zustellung dieser Mitteilung als zurückgenommen gilt und stellt ihm anheim, gemäß Artikel 124 zu verfahren. Entrichtete Gebühren, mit Ausnahme der Anmeldegebühr, werden zurückgezahlt.

Bemerkungen:

1. Den vorgeschlagenen Änderungen liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Arbeitsgruppe "Patente" hat auf ihrer letzten Sitzung im Oktober 1964 beschlossen, die Artikel 189 bis 193 über die gemeinsame Patentanmeldung zur Erlangung nationaler Patente zu streichen und an deren Stelle die Möglichkeit der Umwandlung solcher europäischen Patentanmeldungen vorzusehen, die ganz oder teilweise ein Gebiet der Technik betreffen, auf dem das Europäische Patentamt noch nicht prüft (so der Sitzungsbericht der 15. Sitzung der Arbeitsgruppe "Patente" vom 7.12.1964, Dokument 11821/IV/64, Seiten 36 und 37). Die mit der Ausarbeitung der entsprechenden Vorschriften beauftragte niederländische Delegation (so der oben angegebene Sitzungsbericht Seite 37 und 70) konnte wegen der Einstellung der Arbeiten an dem Vorentwurf 1965 keine Vorschläge mehr vorlegen. Die vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Änderungen und insbesondere der neu vorgeschlagene Absatz 4 stellen einen Versuch dar, den damaligen Beschlüssen Rechnung zu tragen.
2. Der bisherige Absatz 3 sollte in angepaßter Form in die Ausführungsordnung aufgenommen werden, da auch die Bestimmung über die vom Europäischen Patentamt benutzte Patentklassifikation in die Ausführungsordnung verwiesen worden ist (vgl. Fußnote 1 zu Kapitel IV, vor Artikel (60) des Ersten Vorentwurfs 1970).

Erstes Haushaltsjahr des Europäischen Patentamts

Bemerkung:

Die Ausarbeitung dieser Vorschrift fällt in die Zuständigkeit der Arbeitsgruppe IV.

(1) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, daß die Personen mit Sitz oder Wohnsitz in seinem Gebiet eine europäische Patentanmeldung nur einreichen können, wenn sich diese Anmeldung auf eine oder mehrere nationale Patentanmeldungen in den betreffenden Vertragsstaaten gründet, die eine erste Hinterlegung im Sinne des Artikels 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums darstellen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, die im Zeitpunkt ihrer ersten Hinterlegung ihren Sitz oder Wohnsitz noch nicht im Gebiet des betreffenden Staats hatten.

(2) Der Vertragsstaat, der von der in Absatz 1 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch macht, teilt dies dem Europäischen Patentamt mit.

(3) Die Europäische Patentanmeldung kann sich nur auf die Erfindung beziehen, die Gegenstand der nationalen Patentanmeldung oder Patentanmeldungen ist.

(4) Der Anmelder ist verpflichtet, dem Europäischen Patentamt auf dessen Verlangen innerhalb einer zu bestimmenden Frist, die frühestens vier Monate nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung endet, die in Artikel 74 Absatz 2 vorgesehenen Unterlagen vorzulegen. Werden diese Unterlagen nicht fristgemäß vorgelegt, so weist die Prüfungsstelle die europäische Patentanmeldung zurück. Artikel 77 Absätze 1, 3 und 4 findet entsprechende Anwendung.

(5) Im Verfahren zur Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents und im Verfahren zur Erklärung der Nichtigkeit des endgültigen europäischen Patents finden die Artikel 100 und 127 Anwendung, wenn und soweit der Bestimmung in Absatz 3 nicht genügt ist.

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

Bemerkung:

Der Vorsitzende regt an zu prüfen, ob diese aus dem Vor-
entwurf von 1962 stammende Vorschrift aufrechter-
halten bleiben soll oder ob es nicht zweckmäßiger
ist, wenn sie gestrichen wird.

(2) +

(3) +

(4) + (75; 78 Absätze 2, 4 und 5)

(5) - entfällt -

GEMEINSAME PATENTANMELDUNG ZUR ERLANGUNG NATIONALER PATENTE

Artikel 189 bis 193

Bemerkung:

Diese Artikelgruppe des Vorentwurfs von 1962 ist von der Arbeitsgruppe "Patente" auf ihrer letzten Sitzung gestrichen worden (vgl. Bemerkung 1 zum Vorschlag des Vorsitzenden zu Artikel 186).

KAPITEL III
DOPPELSCHUTZ DURCH EIN EUROPÄISCHES
PATENT UND NATIONALE PATENTE
Artikel 194 bis 205

Vorschlag des Vorsitzenden:

Entfallen

Bemerkung:

Da die Regelung des Doppelschutzes gemäß Artikel 6 des Ersten Vorentwurfs 1970 dem nationalen Recht der Vertragsstaaten überlassen bleibt, erübrigt es sich, entsprechende Bestimmungen an dieser Stelle aufzunehmen.

Artikel 206

Entsprechende Anwendung auf nationale Gebrauchsmuster

Vorentwurf von 1962

Die Vorschriften dieses Abkommens, die sich auf nationale Patente in den Vertragsstaaten beziehen, finden auch auf nationale Gebrauchsmusteranmeldungen oder Gebrauchsmuster in den Vertragsstaaten Anwendung.

Artikel 206

Entsprechende Anwendung auf nationale Gebrauchsmuster

Vorschlag des Vorsitzenden

Die Vorschriften dieses Übereinkommens, die sich auf nationale Patentanmeldungen und nationale Patente in den Vertragsstaaten beziehen, sind auch auf nationale Gebrauchsmusteranmeldungen und Gebrauchsmuster in den Vertragsstaaten anzuwenden.

Bemerkung:

Die vorgeschlagene Änderung hat nur redaktionelle Bedeutung.

Vorentwurf von 1962

(1) Ein europäisches Patent, das an oder nach dem Prioritätsdatum einer nationalen Patentanmeldung veröffentlicht wird, aber ein früheres Prioritätsdatum hat, wird in jedem der Vertragsstaaten im Verhältnis zu dieser nationalen Patentanmeldung oder dem darauf erteilten Patent wie ein nationales Patent behandelt, das auf einer früheren Anmeldung beruht.

(2) Sieht das Recht eines Vertragsstaats die Erteilung von Zwangslizenzen an älteren Patenten zugunsten jüngerer abhängiger Patente vor, so finden diese Vorschriften auch zugunsten europäischer Patente Anwendung.

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Eine europäische Patentanmeldung, die an oder nach dem Prioritätstag einer nationalen Patentanmeldung veröffentlicht wird, aber einen früheren Prioritätstag hat, wird in jedem der Vertragsstaaten im Verhältnis zu dieser nationalen Patentanmeldung oder dem darauf erteilten Patent wie eine nationale Patentanmeldung behandelt, die auf einer früheren Anmeldung beruht.

(2) - entfällt -

Bemerkung:

Der Vorentwurf von 1962/65, der ein Gemeinschaftspatent vorsah, regelt in Artikel 137 u.a. die Erteilung von Zwangslizenzen an einem älteren europäischen Patent zugunsten eines jüngeren nationalen Patents. Artikel 207 Absatz 2 des Vorentwurfs von 1962/65 soll nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit den umgekehrten Fall berücksichtigen, nämlich die Erteilung einer Zwangslizenz zugunsten eines jüngeren europäischen Patents an einem älteren nationalen Patent (so Sitzungsbericht der 5. Sitzung der Arbeitsgruppe "Patente" vom 22.5.1962, Dokument 3076/IV/62, Seite 7).

Für das Gemeinschaftspatent, wie es im Ersten Vorentwurf des 2.Übereinkommens enthalten ist, finden sich entsprechende Bestimmungen in Artikel 68 und 94 Absatz 3.

Soweit das nach dem 1. Übereinkommen erteilte europäische Patent ein Bündelpatent ist, dürfte eine Bestimmung wie in Artikel 207 Absatz 2 des Vorentwurfs von 1962/65 überflüssig sein, da sich die Möglichkeit der Abhängigkeitslizenz an älteren nationalen Patenten aus Artikel 2 Absatz 2 des Ersten Vorentwurfs 1970 ergeben dürfte. Sollte sich diese Möglichkeit aus Artikel 2 Absatz 2 des Ersten Vorentwurfs 1970 nicht ergeben, dürfte es vertragstechnisch richtiger sein, Artikel 2 Absatz 2 entsprechend zu ändern als die Vorschrift des Artikels 207 Absatz 2 des Vorentwurfs von 1962/65 an dieser Stelle aufrechtzuerhalten.

Bemerkung:

Die Ausarbeitung dieser Vorschriften fällt in die Zuständigkeit der Arbeitsgruppe II.

